

## Makabrer Fall Markus H.

Zu: „Geheimdienst unter Druck“, FR-Region vom 10. Juni

Warum wundert es mich nicht, dass der sogenannte Verfassungsschutz im Fall Markus H. wesentliche Informationen über dessen langjährige Beteiligung an rechtsradikalen Aktivitäten nicht weitergegeben hat? Dass dieser deshalb Waffen ganz offiziell sammeln konnte und dem Todesschützen des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke Schießtraining beibrachte?

Das ist derselbe „Verfassungsschutz“, der uns bei den vielen Morden der NSU-Bande auf die faule Spur irgendwelcher moslemischer Bandenkriege brachte und das Mordtrio nicht im Blick hatte. Das ist derselbe „Verfassungsschutz“, der in der Vergangenheit die Verfassung brach, indem er rechtswidrig die Akten von Wehrdienstverweigerern abgriff, die ausschließlich den entsprechenden Prüfungsausschüssen vorbehalten waren. Das ist derselbe „Verfassungsschutz“, der im Fall der dubiosen Verstrickung einer Frankfurter Polizeistation in rechte Aktionen einschließlich der Bedrohung einer Anwältin keine Erfolge vorweisen kann.

Es ist makaber, dass erst ein Behördenleiter sterben musste, bis da der Blick etwas erweitert wurde. Manfred Stibaner, Dreieich



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** spricht auf Einladung der EKHN-Stiftung und der Ev. Akademie Frankfurt mit dem Philosophen Martin Hartmann über dessen neues Buch „Vertrauen – die unsichtbare Macht“ (S. Fischer). Die Moderation des Abends übernimmt Cécile Schortmann, Hessischer Rundfunk und 3sat. **Montag, 15. Juni, 20 Uhr. Die Veranstaltung im Livestream: [FR.de/eventvideo-akademie](http://FR.de/eventvideo-akademie)**

**Andreas Schwarzkopf** spricht über „Polizeigewalt, Rassismus, Trump – Ursachen und Wirkungen der amerikanischen Wut“ mit Greta Olson, Amerikanistik-Professorin an der Uni Gießen, und Siraad Wiedenroth von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland. **Dienstag, 16. Juni, 19 Uhr. Zu sehen ist die Diskussion von Heinrich-Böll-Stiftung, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie FR auf dem Youtube-Kanal: [FR.de/eventvideo-rassismus](http://FR.de/eventvideo-rassismus)**

**Pitt von Bebenburg** moderiert das Forum „Access to the Right to Asylum in Europe“ (Zugang zum Recht auf Asyl in Europa) beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz mit Karl Kopp (Pro Asyl), Eleni Velivasaki (Refugee Support Aegean) und Ulrich Weinbrenner (Bundesinnenministerium). In englischer Sprache. **Dienstag, 23. Juni, 14 Uhr. Die Veranstaltung findet online statt. Anmeldungen bei der Evangelischen Akademie zu Berlin unter: [www.eaberlin.de](http://www.eaberlin.de)**

## Bildungsbetrieb in Notstandszeiten

Zu: „Mehr Schule wagen“, FR-Region vom 10. Juni

### Keine Experimente ohne Impfstoff

Der verständliche Wunsch, möglichst bald zur Normalität zurückzukehren, scheint bei vielen den Blick für die Realität zu verstellen. Nach den aktuellen Zahlen wurden weniger als 0,3 % der Bevölkerung infiziert. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass noch mal so viele die Krankheit unbemerkt überstanden haben, sind damit noch über 99% der Bevölkerung gefährdet. Momentan haben wir etliche Hundert, die noch nichts von ihrer Ansteckung wissen.

Wenn jetzt die Schutzmaßnahmen weitgehend beendet werden, stehen wir in spätestens drei Wochen wieder an der Anfangsposition und haben dann die Wahl, entweder Zehntausende von Todesfällen zu akzeptieren oder die allgemeine Wirtschaft ins totale Chaos zu stürzen. Das zu provozieren, indem man „ausprobiert“, wie viele Infektionen ein (pädagogisch sinnloser) zweiwöchiger Regelbetrieb der Schulen vor den Ferien hervorruft, ist menschenverachtend.

Ohne Impfstoff oder Medikament können wir nur die Anzahl der Neuinfektionen so weit reduzieren, dass auch bei weitgehend „normalem“ öffentlichen Leben jeder einzelne Fall sofort nachverfolgt und die Verbreitung eingedämmt werden kann. Das hätten wir schon längst erreichen können, wenn die strenge Disziplin zwei, drei Wochen länger befolgt worden wäre. Stattdessen lockern wir munter weiter und halten die Infektionsraten damit dauerhaft auf einem Stand, der selbst eine eingeschränkte Normalität für die nächsten Jahre ausschließt.

Alle, die jetzt meinen, die Maßnahmen seien übertrieben gewesen und müssten schleunigst komplett zurückgenommen werden, möchte ich fragen: Was ist dann der Grund für katastrophale Zustände und Zahlen durch Corona in den Gebieten der Erde, in denen anders gehandelt wurde?

Marc Schneider, Karben

### Kinder als Gefahr für die Gesundheit?

Danke für den Kommentar, der sich dafür ausspricht, Versuche eines geregelten Schulunterrichts im Klassenverband zu unternehmen.

Ich finde es schlimm, dass über Kinder und Jugendliche seit Wochen vor allem als Gefahr für die öffentliche Gesundheit gesprochen wird. Und ich finde es peinlich für alle Lehrerinnen und Lehrer, dass viele von ihnen trotz extrem niedriger Infektionszahlen immer noch so tun, als wäre es akut lebensgefährlich für sie, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Stattdessen sollten sie im Interesse ihrer Schülerinnen und Schüler mit-helfen, den regulären Schulbetrieb schrittweise wieder in Gang zu bringen.

Wie lange wollen die ängstlichen Lehrkräfte, ihre Verbände und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft denn noch warten? Bis ein Impfstoff da ist oder bis die Virologen in aller Welt weitere Studien erstellt haben und sich vielleicht irgendwann mal einigen, ob und wie stark Kinder und Jugendliche das Virus verbreiten?

Tillmann Elliesen, Frankfurt

### Umwälzung und Weiterentwicklung

1960 eingeschult, gehöre ich zu den Menschen in Westdeutschland, die 1966, bei der Umstellung des Schuljahreswechsels von Ostern auf Sommer, ein halbes Jahr kürzer beschult wurden. Ich habe dadurch kein Trauma erlitten, musste keine uneinholbare Einkommenseinbuße hinnehmen, und mein Bildungsanspruch ist ganz gut gerettet worden. Eine Bildungskatastrophe war das nicht.

2020 wird Lehrer\*innen, Eltern und Schüler\*innen eine Umwälzung zugemutet, die so grundlegend bei uns noch nie geschafft wurde. Der Lockdown im Bildungswesen schafft eine Zäsur, nach der eine „Rückkehr zur Normalität“ nur als restaurative, rückwärtsgewandte Maß-

nahme durchgesetzt werden kann. Zu viel werden diese paar Monate verändert haben. Sie haben, wie jede Krise, schlimme Zumutungen gebracht, und zugleich haben sie die notwendige Weiterentwicklung von Schule vorangetrieben wie nichts anderes in den letzten Jahrzehnten.

Geben wir den Lehrer\*innen, Schüler\*innen und den Eltern und schließlich noch der schwerfälligen Kultusbürokratie Zeit bis zu den Sommerferien, sich in diesen neuen Verhältnissen einigermaßen zurechtzufinden. Dann kann das neue Schuljahr mit frischem Elan beginnen.

Wilfried Kerntke, Offenbach

### Die Pandemie verschärft Bildungsgerechtigkeit

„Bei allem Respekt“, Herr Hanack, wir Lehrer wissen, was es bedeutet, dass Schule derzeit nur im Notbetrieb stattfinden kann. Deshalb arbeiten wir seit Beginn der Pandemie an Konzepten, die es ermöglichen, die Kinder dennoch zu erreichen, die Beziehung aufrechtzuerhalten und alle Kinder zu fördern.

Wir wissen aber auch, dass unser Bildungssystem schon vor Corona ungerecht war. Wir setzen uns tagtäglich in unserer Arbeit für Bildungsgerechtigkeit ein. Die Pandemie verschärft diese Ungerechtigkeit.

Corona trifft uns alle, und alle Kinder leiden darunter, aber in unterschiedlichem Ausmaß. Akademikerkinder, die über ein Tablet verfügen und ein eigenes Zimmer haben, haben bessere Lernbedingungen als Kinder aus Einwandererfamilien. Wenn es um Bildungsgerechtigkeit unter Corona-Bedingungen ginge, müsste man die Kinder in den Fokus nehmen und differenzierte Angebote machen.

Lehrer\*innen und Schulleitungen sind in den letzten Monaten sehr flexibel mit der Situation umgegangen. „Bei allem Respekt“, Herr Hanack, uns würden intelligentere Lösungen einfallen als die Öffnung der Schulen unter Missachtung aller sonst geltenden Schutzmaßnahmen. Kersten Brandt, Frankfurt

## Kulinarische Kolumne

Zu: „Donuts nach Wunsch“, FR-Stadtausgabe vom 10. Juni

Seit einiger Zeit beobachte ich, dass jedes vegetarische oder vegane Restaurant mit einem gesonderten Artikel bedacht wird. Ist Ihnen bewusst, dass in Deutschland ca. 1 % der Bevölkerung sich vegan ernährt und ca. 5 % vegetarisch (Quelle: [statista.com](http://statista.com); andere Quellen geben 2 % Veganer an)? Es muss doch nicht jede „vegane Eröffnung“ so ausführlich beschrieben werden (letzte Woche ein Lokal in Neu-Isenburg). Letztendlich interessiert sich nur eine verschwindende Minderheit für diesen Ernährungsstil.

Um es nicht falsch auszudrücken: Es ist gut, dass es auch solche Restaurants oder Läden gibt; jeder, der diesen Lebensstil bevorzugt, hat meinen Respekt, aber es bleibt eine Minderheit.

Jedoch ist mein Kritikpunkt ein anderer: Wo gibt es eine z. B. wöchentliche Kolumne über neue oder bestehende Restaurants mit fundierter Kritik von Essen, Angebotsauswahl und/oder Ambiente? Dies fehlt seit Jahren im Lokalteil der FR, und ich glaube fest, dass es viele Leser geben würde, die eine solche Kolumne goutieren würden. Sonst wird ja auch jede Einweihung eines Gedenksteins ausführlich gewürdigt. Freundliche Grüße eines ansonsten zufriedenen Lesers!

Ralph R. Klockmann, Frankfurt

## Soll der Sport politisch sein?

Erwiderungen auf: „Es fehlt jedes Verständnis“, FR-Leserforum vom 5. Juni

### Bekanntnis für die Würde des Menschen

Ich habe nicht nur vollstes Verständnis, sondern erwarte sogar, dass sich deutsche Spieler dem Protest ihrer Kollegen anschließen. Um welche Regel ging es da noch mal? „Spieler sollen sich auf dem Spielfeld nicht politisch äußern.“

Nun bin ich der Meinung, dass Demonstrieren gegen rassistische Unterdrückung das Bekanntnis für die Würde des Menschen darstellt, somit zu unseren Grundwerten gehört und daher unabhängig von „Politik“ zu sehen ist. Das heißt, es steht über allen politischen Unterschieden.

Diese Differenzierung haben offensichtlich DFL, DFB, Roman Weidenfeller und Oliver Kahn anscheinend auch so vorgenommen.

Die Demonstrationen gegen jahrhundertelange rassistische Unterdrückung und Diskriminierung in den USA sind trotz der aufgestauten Wut fast ausschließlich friedlich. Plünderungen und Brandstiftung müssen verfolgt und bestraft werden. Sie als Alibi für eine Diskreditierung der gesamten Bewegung zu benutzen, ist undifferenziert und kursichtig.

Man muss also sagen, dass die betreffenden Spieler im Sinne unserer Werte behandelt haben. Sie verdienen nicht nur unser

volles Verständnis, sondern auch unsere Unterstützung.

Friedrich Creutz, Rosbach

### Da geht der Hut hoch

Das kann nicht unwidersprochen bleiben! Da bringen Spieler den Mut, auf gegen Rassismus zu protestieren, und Sie fordern deren Bestrafung. Sie sollen höchstens noch als Werbeträger rumlaufen. Ist es Ihnen schon zuwider, wenn der DFB vor Länderspielen plakativ gegen Rassismus eintritt? Nehmen die Spieler es ernst und engagieren sich tatsächlich, scheint Ihnen der Hut hochzugehen.

Jochim Maack, Hamburg